

Wirtschaftswachstum weiterhin niedrig, aber stabil

Die Weltwirtschaft schwächt sich seit der ersten Jahreshälfte 2018 zunehmend ab, und dürfte für die kommenden Jahre in einer Situation schwächeren Wachstums verharren. Für die österreichische Wirtschaft wird im Durchschnitt der Prognoseperiode 2020/2024 ein Wirtschaftswachstum von 1,4% pro Jahr erwartet.

Durch umfangreiche Entlastung der privaten Haushaltseinkommen in den Jahren 2020 bis 2022 um kumuliert rund 2,7 Mrd. € (1,15% des nominellen privaten verfügbaren Haushaltseinkommens) wird die private Konsumnachfrage weiterhin gestützt und der Sog des internationalen Abschwungs abgeschwächt.

Trotz des ungünstigeren Umfeldes erwartet das WIFO (unter einer "No-Policy-Change"-Annahme für den Zeitraum Oktober 2019 bis Ende 2024) über den Prognosehorizont durchgehend einen Budgetüberschuss von rund ½% des nominellen BIP pro Jahr (im März 2019 wurde dieser Überschuss noch um einen knappen ½ Prozentpunkt p. a. höher eingeschätzt). Daraus abgeleitet wird eine Verringerung der Staatsschuldenquote (Verschuldung des Gesamtstaates in Prozent des nominellen BIP) bis 2024 auf unter 60% erwartet.

Die Expansion der Weltwirtschaft erreichte ihren Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte 2018. Für die Periode 2020 bis 2024 wird laut der mittelfristigen Prognose des WIFO eine leichte Abkühlung der internationalen Konjunktur erwartet, von der sich die österreichische Wirtschaft nicht gänzlich abkoppeln kann. Dadurch wird im Besonderen die Exportwirtschaft (+2,4% p. a.; 2015/2019 +3,9% p. a.) und die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen (+1,6 % p. a.; 2015/2019 +4,7% p. a.) in Mitleidenschaft gezogen.

Die Stärkung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Ausweitung familienpolitischer Maßnahmen im Zuge der Einführung des Familienbonus mit 1. Jänner 2019, der erst ab dem Jahr 2020 seine volle Wirksamkeit erlangen wird, da der größere Teil dieser Maßnahme erst im Rahmen der Einkommensteuererklärung bzw. der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden kann. Dabei wird unterstellt, dass anspruchsberechtigte private Haushalte mit Kindern aus dieser Maßnahme in den Jahren 2020 bis 2022 um rund jeweils 630 Mio. €, 170 Mio. € bzw. 150 Mio. € entlastet werden.

Zusätzlich wurden im Zeitraum von Juli bis September nach der Ablösung der 2017 angelobten Bundesregierung, mit wechselnden Mehrheiten verschiedene Entlastungen der privaten Haushalte mit niedrigem Einkommen (insbesondere für Pensionistinnen und Pensionisten) im österreichischen Nationalrat beschlossen und der abschlagsfreie vorzeitige Pensionsantritt bei 45 Beitragsjahren ab einem Alter von 62 Jahren wieder eingeführt. Diese Maßnahmen werden über den Zeitraum 2020 bis 2022 wirksam. Das WIFO schätzt das (gerundete) Ausmaß dieser

zusätzlichen Entlastung der privaten Haushalte im Jahr 2020 auf 860 Mio. €, 2021 659 Mio. € und 2022 152 Mio. €. Das ergibt in Summe die folgenden zusätzlichen, dauerhaft wirkenden fiskalischen Erhöhungen der privaten verfügbaren Haushaltseinkommen (gerundet): 2020 1.500 Mio. € (0,7% des nominellen verfügbaren privaten Haushaltseinkommens), 2021 830 Mio. € (0,4%) und 2022 300 Mio. € (0,1%).

Diese deutlichen Einkommenssteigerungen stützen vor allem in den Jahren 2020 und 2021 die heimische private Konsumnachfrage und wirken dem internationalen Sog entgegen und mildern die wirtschaftliche Abkühlung in Österreich.

Zusammengenommen wird das Wachstum der österreichischen Wirtschaft für die Periode 2020/2024 mit durchschnittlich 1,4% pro Jahr (2015/2019 +1,9% p. a.) prognostiziert.

Mit der erwarteten Ausweitung der Wirtschaftsleistung wird im Prognosezeitraum ein durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von 0,9% p. a. (2015/2019 +1,5% p. a.) prognostiziert.

Der Inflationsdruck bleibt mittelfristig weiter moderat, und das Inflationsdifferential zum Euro-Raum sollte sich bei ¼ Prozentpunkt stabilisieren. Das WIFO rechnet mit einer Inflationsrate gemäß Verbraucherpreisindex von durchschnittlich 1¼% p. a.

Anhand des prognostizierten Konjunkturverlaufes und der dieser Prognose zugrunde liegenden "No-Policy-Change"-Annahme für die Wirtschaftspolitik¹⁾ wird ein durchschnittlicher Überschuss im öffentlichen Haushaltssaldo von ½% des nominellen BIP erwartet, wodurch unter den getroffenen Annahmen ein Rückgang der Staatsschuld in Prozent des nominellen BIP auf unter 60% bis zum Ende der Prognoseperiode möglich erscheint.

Prognoserisiken

Aus den internationalen Rahmenbedingungen ergeben sich für die vorliegende Prognose durchwegs Abwärtsrisiken:

- Eine weitere Ausweitung protektionistischer Maßnahmen im Handelskonflikt zwischen den USA und China, aber auch mit der EU und die zu erwartenden Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder bergen die Gefahr einer weiteren Eskalation des Handelskonfliktes mit markanten Nachteilen für die gesamte Weltwirtschaft.
- Die ökonomischen Auswirkungen des bevorstehenden Austrittes des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden nach wie vor ein bedeutendes Risiko für die Wirtschaftsentwicklung in der EU. Eine empfindliche Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU infolge eines "harten Brexit" würde sich zwar in erster Linie negativ auf das Vereinigte Königreich selbst, aber auch auf die Wirtschafts-

¹⁾ In den WIFO-Prognosen wird eine No-Policy-Change-Annahme getroffen. Sie berücksichtigt im Allgemeinen nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen. In bestimmten Fällen werden auch Maßnahmen einbezogen, die noch nicht formal beschlossen sind, etwa wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess schon sehr weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und hinreichend detailliert vorliegt, um eine quantitative Einschätzung zu ermöglichen.

entwicklung im übrigen Europa auswirken. Im Besonderen wären davon EU-Länder mit sehr engen Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich betroffen.

- Schwelende geopolitische Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie die Spannungen zwischen Russland und der EU bergen ein Risiko für die Versorgung mit Energierohstoffen bzw. für einen Anstieg der Energiepreise und der Inflation. Darüber hinaus könnte eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU die Migrationsströme nach Europa wieder verstärken.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2009/ 2014	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.								
Bruttoinlandsprodukt									
Real	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Nominell	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1
Verbraucherpreise	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1
Pro Kopf, real ²⁾	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
	Ø 2010/ 2014	Ø 2015/ 2019	Ø 2020/ 2024	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In %								
Arbeitslosenquote									
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,1	5,3	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,3	8,3	7,5	7,4	7,5	7,5	7,5	7,5	7,6
	In % des BIP								
Außenbeitrag	3,0	3,7	3,3	3,7	3,5	3,3	3,2	3,2	3,1
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 2,8	- 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Staatsschuld	82,5	77,9	61,3	69,6	66,7	63,9	61,2	58,6	56,3
	In % des verfügbaren Einkommens								
Sparquote der privaten Haushalte	8,1	7,4	7,6	7,6	7,8	7,7	7,6	7,5	7,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Ein Eintreten dieser Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft würde die in der Prognose unterstellte Entwicklung der österreichischen Ausfuhren unmittelbar verschlechtern und in Österreich das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommenszuwächse und das Abgabenaufkommen dämpfen und die Staatsausgaben tendenziell erhöhen. Als Folge des Brexit dürfte sich der Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget erhöhen.

Für den prognostizierten Budgetpfad wird vor diesem Hintergrund die Wahrscheinlichkeit einer ungünstigeren Entwicklung deutlich höher eingeschätzt als jene für ein besseres Ergebnis.

Wien, am 5. November 2019

Rückfragen bitte am Dienstag, dem 5. November 2019, zwischen 10 und 14 Uhr an
Mag. Dr. Josef Baumgartner, Tel. (1) 798 26 01 - 230, josef.baumgartner@wifo.ac.at

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 10/2019
(<https://monatsberichte.wifo.ac.at/62023>).

Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar",
<https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>